

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 6 (1950)
Heft: 12

Artikel: Frauen als Richterinnen
Autor: F.S.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-846249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

worden und in ihrer gesamten Entwicklung zurückgeblieben sind. Man wird nicht leugnen können, dass es peinlich berührt, die Schweiz an ihrer Seite zu finden.

Glücklicherweise muss die Schweiz in dieser Beziehung nicht in Bausch und Bogen den ehemaligen Kolonialgebieten gleichgestellt werden. Da ist vor allem der Kanton **Waadt** zu erwähnen, der die Frauen durch ein Generalstatut vom 9. Juni 1947 zu **sämtlichen Richterstellen wählbar** erklärt hat. Bald darauf ist die erste Frau als Ersatzrichter in das Lausanner Bezirksgericht gewählt worden. Eine stattliche Reihe anderer Kantone haben die ersten Schritte zur Uebertragung richterlicher Funktionen an die Frauen gemacht. In **Baselstadt** sind die Frauen als Gerichtspräsidenten und als Untersuchungsrichter wählbar. Während einigen Jahren hat dort eine Frau als Untersuchungsrichter geamtet, und eine Zeitlang war eine Frau sogar als ausserordentlicher Staatsanwalt tätig. In **zehn Kantonen** sind die Frauen in das Jugendgericht wählbar; die Kantone **Baselstadt, Genf, Luzern, Neuenburg** und **Waadt** haben tatsächlich je eine Frau in ihrem Jugendgericht. Eine Anzahl von Kantonen kennen die Wählbarkeit der Frau als Jugendanwalt (auch der Kanton Bern), aber nur im Bezirk Horgen im Kanton Zürich ist jemals eine Frau als Jugendanwalt ernannt worden. Schliesslich sind die Frauen in neun Kantonen in die Gewerbegerichte wählbar, zum Teil schon seit vielen Jahren.

Marie Boehlen, Fürsprecher.

Nach Sonderdruck aus dem „Bund“ 1950.

Frauen als Richterinnen

Der Grosse Rat des **Kantons Bern** hat im neuen Gesetz über Reform der Gerichtsorganisation die Mitwirkung der Frauen im **Gewerbegericht** vorgesehen. Die vorberatende Kommission hatte Streichung dieses Artikels beantragt, aber mit grossem Mehr setzte ihn die Ratsversammlung wieder ein. Die Berner Grossräte, wie auch die Waadtländer Grossräte, sind offenbar der Meinung, dass die Frauen genügend Intelligenz und gesunden Menschenverstand besitzen, um richterliche Funktionen ausüben zu können. Hat doch der Kt. Waadt soeben seine kantonalen Geschworenen neu gewählt: zum ersten Mal waren auch Frauen wählbar, und es wurden **über 48** gewählt.

F. S.

Für die politische Gleichberechtigung der Freiburgerin

Grossrat Challamel hat bei Eröffnung der November Session 1950 im Freiburger Grossen Rat eine Motion eingereicht, welche für die Freiburgerin die politische Gleichberechtigung verlangt.

F. S.